

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2017

Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2017

Die zweite Phase der Brexit-Verhandlungen beginnt. Das Vereinigte Königreich wünscht eine Übergangsphase von zwei Jahren. In dieser Zeit hat das Land kein Mitbestimmungsrecht mehr, muss jedoch weiterhin in den EU-Haushalt einzahlen. Die europäische Säule sozialer Rechte wird auf dem EU-Sozialgipfel in Göteborg beschlossen. Ein Programm zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion schlägt die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds und eines gemeinsamen Finanzministers bzw. einer Finanzministerin der Euro-Länder vor. Gegen Polen wird ein Verfahren nach Art. 7 EU-Vertrag wegen schwerwiegender Verletzung der Rechtsstaatlichkeit eingeleitet. China stellt den ostmitteleuropäischen Ländern finanzielle Ressourcen für den Ausbau einer neuen Seidenstraße bereit. In den USA wird eine große Steuerreform beschlossen. Die Notenbanken reagieren auf die weltweit gute Konjunkturlage: Die Europäische Zentralbank halbiert das monatliche Ankaufsvolumen von Anleihen, und die Federal Reserve Bank erhöht die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. – In der letzten Sitzung vor der Nationalratswahl beschließt das Parlament wirtschaftspolitische Gesetze, die zuvor nicht beschlussfähig waren. Die neue österreichische Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Strache (FPÖ) stellt ihr Regierungsprogramm vor und wird vor Weihnachten angelobt.

Calendar of Economic Events. Fourth Quarter of 2017

The second phase of the Brexit negotiations began. The UK aims for a transition phase of two years. During this period, the UK will not have any say in the EU but needs to continue its payments into the EU budget. The European social summit in Gothenburg adopted a European Pillar of Social Rights. A programme to reform the Economic and Monetary Union proposed setting up a European Monetary Fund and a European Minister of Economy and Finance for the Eurogroup. A procedure under Article 7 of the Treaty on European Union was commenced against Poland for breaches of EU law. China provided financial resources to CEE countries for developing a new Silk Road. The US Congress adopted a major tax reform. The central banks responded to the global economic upswing: the European Central Bank halved its volume of monthly loan purchases, and the Federal Reserve Bank raised its interest rates by 25 basis points. – In its last session prior to the election to the National Council, parliament passed economic policy bills that had previously been unable to obtain a majority. The new coalition government by Federal Chancellor Kurz (Austrian People's Party) and Vice-Chancellor Strache (Austrian Freedom Party) presented its programme and was sworn in before Christmas.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. Dezember 2017.

Begutachtung: Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

4. Oktober: Die Europäische Kommission fordert Luxemburg auf, vom Internethändler Amazon 250 Mio. € an Steuern und Zinsen einzufordern, da die Minderbesteuerung des multinationalen Konzerns gegen die Beihilfenregeln der Europäischen Union verstoße. Aufgrund von steueramtlichen Vorbescheiden zahlt Amazon auf drei Viertel seiner Gewinne keine Steuern. Rechtliche Schritte vor dem Europäischen Gerichtshof sind auch gegen Irland geplant, da sich die Regierung weigert, vom Computerkonzern Apple 13 Mrd. € an Steuerzahlungen für den Zeitraum 2003/2014 zu fordern.

Um den Mehrwertsteuerbetrug in der EU einzudämmen – der Schaden für die öffentlichen Haushalte wird derzeit auf 50 Mrd. € geschätzt – schlägt die Europäische Kommission vor, in Zukunft auch auf den derzeit steuerbefreiten grenzüberschreitenden Handel den für den Verkäufer geltenden Steuersatz zu erheben. Die Steuerbehörde des Herkunftslandes würde die Steuereinnahmen an die Steuerbehörde des Bestimmungslandes weiterleiten.

Luxemburg: Konzernbesteuerung

EU: Mehrwertsteuerbetrug

EU: unlautere Konkurrenz

8. Oktober: Um den Binnenmarkt vor unlauterer Konkurrenz aus Brasilien, Russland, der Ukraine und dem Iran zu schützen, verhängt die EU auf bestimmte Produkte der Eisen- und Stahlindustrie Antidumpingzölle von bis zu 96,5 € pro Tonne.

Deutschland: Air Berlin

12. Oktober: Die deutsche Fluglinie Lufthansa übernimmt unter Vorbehalt große Teile der insolventen Fluglinie Air Berlin. Nach einem Überbrückungskredit des deutschen Staates von 150 Mio. € zur Aufrechterhaltung des Betriebes von Air Berlin übernimmt Lufthansa 300 Beschäftigte und 50% der Flotte. Die Europäische Kommission untersucht die Fusion.

IWF: Ziele

14. Oktober: Anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds betont die Direktorin Lagarde die wichtigsten Ziele ihrer Institution: Globalisierung, Freihandel, der Wachstum und Wohlstand in möglichst viele Länder bringt, und die Bekämpfung des Klimawandels. Diese stehen im Gegensatz zur offiziellen "America-first"-Politik des Präsidenten der USA.

Europäischer Rat: Migration

19. Oktober: Im Zuge der Tagung des Europäischen Rates wird berichtet, dass das Konzept der vollständigen Kontrolle der EU-Außengrenzen Erfolg zeigt und die Migrationsströme abnehmen. Der Rat bekennt sich uneingeschränkt dazu, in der Migrationsfrage mit der Türkei zusammenzuarbeiten. Hervorgehoben wird die Bedeutung der Rückführung von Migrantinnen und Migranten, des Einsatzes der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusennetz und der Intensivierung des Informations- und Datenaustausches zwischen den Mitgliedsländern und anderen Partnern. Langfristig müssen die Ursachen der Migration in den Herkunftsländern durch Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten bekämpft werden. Die Einrichtung des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung soll Investitionen in Afrika und Nachbarländern der EU unterstützen. Der Rat bekennt sich zum Schengen-Abkommen und will die Grenzkontrollen möglichst bald wieder zurücknehmen. Die Fortschritte der Reform des Asylsystems in der EU werden begrüßt.

Europäischer Rat: Digitales Europa

Weiters beschäftigt sich der Rat mit dem Thema "digitales Europa" als Chance zur Steigerung von Innovationen, Wachstum und Beschäftigung. Erforderlich seien dazu

- ein öffentlicher Sektor, der beispielhaft digitale Technologien anwendet,
- zukunftsorientierte Regulierungsmaßnahmen für den digitalen Binnenmarkt,
- eine erstklassige Infrastruktur und Kommunikationsnetze,
- ein gemeinsames Konzept für die Cyber-Sicherheit,
- Anstrengungen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität im Internet,
- an das digitale Zeitalter angepasste Arbeitsmärkte und Bildungs- und Ausbildungssysteme,
- Anstrengungen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovationen,
- ein Bewusstsein für die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit neuen Trends und
- ein wirksames, faires und an das digitale Zeitalter angepasstes Steuersystem.

EZB: Ankaufsvolumen

26. Oktober: Die Europäische Zentralbank wird das monatliche Volumen der Ankäufe von Wertpapieren auf 30 Mrd. € halbieren und bis Ende September 2018 weiterführen.

Bank of England: Leitzinssatz

2. November: Die Bank of England erhöht den Leitzinssatz (bank rate) von 0,25% auf 0,5%.

USA-China: Wirtschaftsabkommen

9. November: Anlässlich eines offiziellen Besuches des Präsidenten der USA, Trump, in China werden Wirtschaftsabkommen im Umfang von 250 Mrd. \$ unterzeichnet.

EU: europäische Säule sozialer Rechte

17. November: Auf dem Sozialgipfel von Göteborg wird die europäische Säule sozialer Rechte beschlossen. Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen und

fairer zu gestalten, sollen die Bürgerinnen und Bürger neue und wirksame Rechte zu 20 Themen erhalten!):

- Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang (allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, Gleichstellung der Geschlechter, Chancengleichheit, aktive Unterstützung für Beschäftigung),
- faire Arbeitsbedingungen (sichere und anpassungsfähige Beschäftigung, Löhne und Gehälter, Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz, sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz),
- Sozialschutz und soziale Inklusion (Betreuung und Unterstützung von Kindern, Sozialschutz, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Mindesteinkommen, Alterseinkünfte und Ruhegehälter, Gesundheitsversorgung, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Langzeitpflege, Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose, Zugang zu essenziellen Dienstleistungen).

17. November: Der deutsche Siemens-Konzern kündigt an, weltweit 6.900 Arbeitskräfte abzubauen. Aufgrund des Strukturwandels in der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern entstehen besonders im Bereich der Gasturbinen und der Stromerzeugungsdienste Überkapazitäten. Das Geschäftsjahr 2017 weist einen operativen Gewinn von annähernd 10 Mrd. € aus.

Deutschland: Siemens

21. November: Minister der 27 EU-Länder wählen Paris als neuen Sitz für die Europäische Bankenaufsicht (European Banking Authority – EBA) und Amsterdam für die europäische Arzneimittelbehörde (European Medicines Agency – EMA). Die bisher in London ansässigen Behörden müssen aufgrund des Brexit in ein Mitgliedsland verlegt werden.

EU: Behördensitz

22. November: Wie die Überprüfung nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigt, entsprechen die Budgetpläne 2018 von Deutschland, Finnland, Lettland, Litauen, Luxemburg und den Niederlanden den Vorgaben; die Pläne von Estland, Irland, Malta, der Slowakei, Spanien und Zypern entsprechen weitgehend. Für Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal und Slowenien besteht ein Risiko, die Vorgaben zu verfehlen. Vor allem für Belgien und Italien wird die Nichterfüllung prognostiziert.

EU: Budgetpläne

27. November: Der Ministerpräsident der Volksrepublik China Li Keqiang nimmt in Ungarn am Jahrestreffen der 16 ostmitteleuropäischen Länder²⁾ teil. Der Aufbau eines internationalen Verkehrsnetzes ("neue Seidenstraße", "One Belt, One Road") soll für diese Region neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten eröffnen. Für Projekte zum Ausbau der Infrastruktur werden der Region Mittel von 3 Mrd. € in Aussicht gestellt. Das Projekt der neuen Seidenstraße eröffnet den europäischen Ländern Alternativen zu den Märkten in Europa.

China–Ostmitteleuropa:
Neue Seidenstraße

November: Über 13 Mio. aus Bermuda stammende Dokumente ("Paradise Papers") belegen Praktiken von Unternehmen und prominenten Personen zur Steuervermeidung in dieser Offshore-Region.

Bermuda: Paradise Papers

4. Dezember: Die Euro-Gruppe wählt den portugiesischen Finanzminister Mário Centeno zu ihrem neuen Präsidenten (Amtszeit 2,5 Jahre, ab 13. Jänner 2018).

Euro-Gruppe: Präsident

5. Dezember: Die Finanzminister der EU entlassen das Vereinigte Königreich aus dem Defizitverfahren, da die jährliche Neuverschuldung unter 3% des BIP gesunken ist. Eine gesonderte Haushaltskontrolle gilt weiterhin für Spanien und Frankreich, die der Währungsunion angehören.

EU: Defizitverfahren

6. Dezember: Die Europäische Kommission schlägt vier Punkte zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion vor:

EU: EWU-Reform

¹⁾ Die europäische Säule sozialer Rechte, https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de.

²⁾ Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Serbien.

Ein Europäischer Währungsfonds (EWF) nach dem Vorbild des IWF könnte aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) entstehen und Kredite an notleidende Euro-Länder gewähren sowie als zusätzliche Sicherheit für den Bankenabsicherungsfonds (Single Resolution Fund – SRF) zur Verfügung stehen. Die Funktionen des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und des Vorsitzenden der Euro-Gruppe sollen in einer Person – einem europäischen Minister bzw. einer Ministerin für Wirtschaft und Finanzen – zusammengelegt werden. Um die Stabilität des Euro-Raumes stärker abzusichern, könnten auf Antrag von Mitgliedsländern Strukturreformen mit Mitteln aus dem EU-Haushalt gefördert und technische Unterstützung bereitgestellt werden. Im Falle von asymmetrischen Schocks könnten EU-Länder, die in die Währungsunion eintreten, Konvergenzförderungen in Anspruch nehmen, um öffentliche Investitionen nicht einschränken zu müssen. Darlehen aus dem EU-Haushalt und dem EWF sollen stabilisierend eingesetzt werden. Der heute rechtlich zwischenstaatlich festgelegte Fiskalpakt³⁾ soll in EU-Recht übernommen werden.

Alfred-Nobel-Gedächtnispreis

10. Dezember: Richard Thaler (USA) erhält für seine Forschung zur Verhaltensökonomie den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften.

USA: Leitzinssatz

13. Dezember: Die Notenbank der USA erhöht den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Spanne der Federal Funds Rate liegt nun zwischen 1,25% und 1,5%, die Discount Rate wird von 1,75% auf 2% erhöht.

USA: Netzwerkneutralität

14. Dezember: Die 2012 in den USA eingeführten Regeln zur Netzwerkneutralität werden von der neuen Regierung rückgängig gemacht. Anbieter von Internetdiensten können damit wieder selektiv Webseiten und Apps auf ihren Netzen beschleunigen, verlangsamen oder blockieren. Diese Einflussnahme muss jedoch für Kunden transparent sein.

EU: Brexit

14.-15. Dezember: Die Staats- und Regierungsoberhäupter der verbleibenden 27 EU-Länder stellen ausreichende Fortschritte in den Brexit-Verhandlungen fest und beschließen, in die zweite Etappe der Verhandlungen einzutreten. Das Vereinigte Königreich erklärt die Absicht, nach einem Übergangszeitraum nicht mehr an der Zollunion und am Binnenmarkt teilzunehmen. Der Rat nimmt den Wunsch des Vereinigten Königreiches nach einem Übergangszeitraum von zwei Jahren bis zum vollständigen Austritt zur Kenntnis und setzt Leitlinien fest. Übergangsregeln müssen eindeutig festgelegt und zeitlich begrenzt werden. In diesem Zeitraum wird das Vereinigte Königreich bei der Beschlussfassung der EU-Organe wie ein Drittstaat behandelt, jedoch bleiben Strukturen und Instrumente zur Durchsetzung und Regelung aller Bereiche sowie die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes in Kraft. Die Bereitschaft besteht, in den Bereichen Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Terrorbekämpfung, Sicherheit und Verteidigung eine Partnerschaft zu schaffen. Das Vereinigte Königreich wird aufgerufen, seinen Standpunkt bezüglich der künftigen Beziehungen zu präzisieren.

Niederlande: Konzernbesteuerung

18. Dezember: Die Europäische Kommission leitet eine rechtliche Prüfung der steuerlichen Behandlung des Möbelkonzerns IKEA in den Niederlanden ein. Die Gewährung von Steuervorbescheiden könnte dem Konzern selektive Steuervorteile verschafft haben.

Polen: EU-Vertragsverletzungsverfahren

20. Dezember: Die Europäische Kommission eröffnet gegen Polen ein Verfahren nach Art. 7 EU-Vertrag wegen schwerwiegender Verletzung der Rechtsstaatlichkeit: Die Umsetzung einer Justizreform stellt die Justiz unter politische Kontrolle und verstößt damit gegen die Grundwerte der Europäischen Union. Ein solches Verfahren wird erstmals gegen ein Mitgliedsland eingeleitet.

USA: Steuerreform

Das Repräsentantenhaus der USA stimmt für die vom Präsidenten vorgeschlagene Steuerreform, die mit Jahresbeginn 2018 in Kraft treten wird. Der Körperschaftsteuersatz wird permanent von 35% auf 21% herabgesetzt. Die Einkommensteuerreform gilt bis 2026 und sieht neue Steuerklassen mit niedrigeren Steuersätzen sowie die Abschaffung verschiedener persönlicher Abzugsmöglichkeiten vor. Vor allem die Ein-

³⁾ Der Fiskalpakt wurde 2012 von 25 EU-Länder unterzeichnet und sieht die nationale Einführung einer Schuldenbremse vor. Tschechien, Kroatien und das Vereinigte Königreich haben den Pakt nicht unterzeichnet.

kommen der obersten Perzentile profitieren von der Reform. Die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Entfall an Steuereinnahmen wird bis 2026 auf 1,45 Bio. \$ geschätzt.

21. Dezember: Bei den regionalen Parlamentsneuwahlen in Katalonien erzielen die separatistischen Parteien eine Mehrheit von 52%. Der politische Konflikt um die Unabhängigkeit der autonomen Region von Spanien bewog in den letzten Monaten bereits zahlreiche Unternehmen und Banken zur Abwanderung in andere Regionen Spaniens.

Spanien: Katalonien

21. Dezember: Nach der Fusionskontrolle genehmigt die Europäische Kommission den geplanten Erwerb bestimmter Vermögenswerte der Air Berlin durch die Lufthansa, da die geplante Übernahme der NIKI Luftfahrt GmbH fallengelassen wurde.

Deutschland: Air Berlin

2. Österreich

12. Oktober: Der Nationalrat beschließt in seiner letzten Sitzung von den Parlamentswahlen ein Paket von Gesetzesänderungen. Ab Juli 2018 wird das Einkommen eines Partners bzw. einer Partnerin für die Höhe der Notstandshilfe nicht mehr berücksichtigt. Arbeiter bzw. Arbeiterinnen und Angestellte werden rechtlich gleichgestellt, etwa hinsichtlich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (ab Juli 2018) und des Kündigungsschutzes (bis 2021). Künftig entfällt die Entrichtung der Mietvertragsgebühr. Das Kinderbetreuungsangebot wird 2018 durch die Bereitstellung von 52,5 Mio. € weiter ausgebaut, die Länder leisten eine Kofinanzierung von 35%. Eine gestaffelte Pensionserhöhung⁴⁾ kann 2018 in Kraft treten. Für die Erhebung einer Schuldenbremse in den Verfassungsrang kommt keine Zweidrittelmehrheit zustande. Auch der Antrag auf eine Volksbefragung über die Handelsabkommen TTIP und CETA findet keine Mehrheit. Die Einhebung von Bankomatgebühren wird beschränkt; Banken müssen bei Ausgabe von Bankomatkarten auch ein Pauschalangebot für Abhebungen anbieten.

Gesetzesänderungen

13. Oktober: Die österreichische Fluggesellschaft NIKI Luftfahrt GmbH, ein Tochterunternehmen der Air Berlin, reicht in Deutschland einen Insolvenzantrag ein, da der Eigentümer Lufthansa die Überbrückungsfinanzierung frühzeitig einstellt.

Fluglinien: NIKI

Die Übernahme von Air Berlin und NIKI durch die Lufthansa wird von der EU-Wettbewerbsbehörde kartellrechtlich untersucht. Von 80 Strecken würden 50 ausschließlich vom Lufthansa-Konzern geflogen (siehe Kapitel 1, "12. Oktober").

15. Oktober: Bei der Nationalratswahl erhalten die SPÖ 26,9% der Stimmen (52 Mandate), die ÖVP 31,5% (62 Mandate), die FPÖ 26% (51 Mandate), die NEOS 5,3% (10 Mandate) und die Liste Pilz 4,4% (8 Mandate). Die Wahlbeteiligung liegt bei 80%.

Nationalratswahl

25. Oktober: Die Aktie der BAWAG Group AG wird an die Wiener Börse gebracht und in den Leitindex ATX aufgenommen. Die Haupteigentümer Cerberus und Golden Tree bringen 40% ihrer Aktien im Gegenwert von 2 Mrd. € ein. Der Ausgabepreis wird mit 48 € festgesetzt.

BAWAG Group AG:
Börsengang

18. Dezember: Der Bundespräsident gelobt Sebastian Kurz (ÖVP) als Bundeskanzler und die neuen Mitglieder der Bundesregierung an:

Bundesregierung

Heinz-Christian Strache, Vizekanzler, Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport, Mag. Gernot Blümel, MBA, Bundesminister im Bundeskanzleramt für EU, Kunst, Kultur und Medien,

Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß, Bundesministerin im Bundeskanzleramt für Frauen, Familien und Jugend,

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung,

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2017", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(10), S. 762, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/60707>.

Mag. Beate Hartinger-Klein, Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz,

Ing. Norbert Hofer, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie,

Herbert Kickl, Bundesminister für Inneres,

Dr. Karin Kneissl, Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres,

Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus,

Mario Kunasek, Bundesminister für Landesverteidigung,

Hartwig Löger, Bundesminister für Finanzen,

Dr. Josef Moser, Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz,

Dr. Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort,

Mag. Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres,

MMag. DDr. Hubert Fuchs, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

Regierungsprogramm

Das Regierungsprogramm⁵⁾ sieht die folgenden wirtschaftspolitisch relevanten Ziele vor:

Zur Senkung der Abgabenquote und Annäherung an 40% des BIP sollen etwa ein Steuerabsetzbetrag ("Familienbonus") pro Kind und Familie von 1.500 € jährlich gewährt und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge gesenkt werden, der Tourismus soll durch Steuerentlastungen gestärkt werden. 2020 ist eine Reform der Einkommensteuer mit dem Ziel einer deutlichen Vereinfachung sowie u. a. einer Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen geplant; daneben soll die Ausschaltung der kalten Progression geprüft werden. Darüber hinaus wird eine Senkung der Körperschaftsteuer angekündigt. Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung sollen über Bürokratieabbau, Zusammenführung der Sozialversicherungsträger auf fünf Körperschaften, eine Nulllohnrunde für Politikerinnen und Politiker, Evaluierung von effizienzsteigernden Maßnahmen in den Ministerien, eine Aufgabenreform, die Zusammenlegung von Bundesbehörden, eine Neuordnung der Kompetenzen von Bund und Ländern, die Abschaffung der Verteilung von Grundsatzgesetzgebung (Bund) und Ausführungsgesetzgebung (Länder), eine Transparenzdatenbank für Förderungen mit Sanktionen im Zuge des Finanzausgleiches und die Kürzung der Verwaltungskosten in den Ressorts um 5% erfolgen. Die Erhebung einer Schuldenbremse in den Verfassungsrang ist vorgesehen.

Die Reformvorschläge im Sozialbereich umfassen eine Kürzung der Mindestsicherung für bestimmte Bezugsgruppen und eine Deckelung für Bedarfsgemeinschaften mit 1.500 €. Die Mindestpension nach 40 Beitragsjahren soll auf 1.200 € bzw. für Paare auf 1.500 € erhöht werden. Pensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich sollen abgeschafft werden. Eine Anhebung des Pflegegeldes ab der 4. Stufe ist vorgesehen. Um die innere Sicherheit gewährleisten zu können, sollen in dieser Legislaturperiode zusätzlich 2.100 Polizisten und Polizistinnen eingestellt werden.

Durch Beschleunigung des Breitbandausbaues soll eine moderne digitale Infrastruktur sichergestellt werden. Die Forschungsausgaben sollen jährlich kontinuierlich erhöht werden, um eine Forschungsquote von 3,76% des BIP zu erreichen (2017: 3,14%). Eine nationale Klima- und Energiestrategie soll gewährleisten, dass Strom ab 2030 zu 100% aus erneuerbarer Energie erzeugt wird. Im Neubau sollen Kohle- und Ölheizungen verboten werden.

Geplant sind ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und die Einführung einer Bildungspflicht. Die Regierung strebt eine Verringerung der Zuwanderung in das Sozialsystem an, Anspruch auf Sozialleistungen soll erst nach fünf Jahren bestehen. Die Mindestsicherung für Asylberechtigte soll gekürzt, die Familienbeihilfe im Ausland indexiert werden. Eine Zuwandererdatenbank mit Informationen zu Aufenthaltsstatus, Sozialleistungsbezug und Integrationsfortschritten ist für den effizienten Datenaus-

⁵⁾ <https://www.oevp.at/download/regierungsprogramm.pdf>.

tausch zwischen den Behörden im Fremden- und Sozialwesen geplant. Eine Harmonisierung, Neuausrichtung und Weiterentwicklung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und bedarfsorientierter Mindestsicherung ist vorgesehen. Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld soll von der Dauer der Beitragsleistung abhängig gemacht und die Auszahlung degressiv gestaltet werden, mit dem Ziel, auch die Notstandshilfe zu integrieren.

21. Dezember: Der Nationalrat beschließt ein gesetzliches Budgetprovisorium 2018.

Budgetprovisorium 2018

30. Dezember: Nach der Entscheidung des deutschen Masseverwalters übernimmt die International Airlines Group (IAG), der Mutterkonzern der British Airways, um 20 Mio. € die insolvente Fluglinie NIKI. 750 der rund 1.000 Beschäftigten behalten ihren Arbeitsplatz.

Fluglinien: NIKI

31. Dezember: Der Ministerrat beschließt die Sistierung der "Aktion 20.000" mit Ende 2017 und eine Beendigung des Beschäftigungsbonus zum 31. Jänner 2018.

*"Aktion 20.000",
Beschäftigungsbonus*